

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 — BBVAnpG 81)

A. Zielsetzung

Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).

B. Lösung

Zum 1. Mai 1981 werden die Bezüge linear um 4,3 v. H. angehoben. Für die Monate März und April 1981 erfolgt eine einmalige Zahlung von je 120 DM.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Haushaltsjahr 1981 Mehrkosten von rund 766 Millionen DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 225 00 — Bu 156/81

Bonn, den 5. Juni 1981

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 — BBVAnpG 81) mit Begründung, Vorblatt und 6 Anlagen.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 500. Sitzung am 5. Juni 1981 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 — BBVAnpG 81)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

ABSCHNITT I

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

An die Stelle der Anlagen IV bis IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1980 (BGBl. I S. 2081), geändert durch . . . , treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Um 4,3 vom Hundert werden erhöht

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)

- a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
- b) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,

2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummer 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,

- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehäl-

tern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetzes 1980 vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1439) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetzes 1980 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 4,3 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zu-

grunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 4,2 vom Hundert erhöht.

§ 4

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des § 70 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird für das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 auf 4,2 vom Hundert festgestellt.

ABSCHNITT II Einmalige Zahlung

§ 5

(1) Eine einmalige Zahlung für die Monate März und April 1981 nach § 6 erhalten Empfänger von Dienstbezügen (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. während der Zeit vom 1. März bis 30. April 1981 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienstverhältnis gestanden haben und
2. für mindestens einen Tag in den Monaten März oder April 1981 Dienstbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

§ 6

(1) Die Zahlung beträgt 120 Deutsche Mark für jeden vollen Kalendermonat. Besteht der Anspruch auf Dienstbezüge oder Amtsbezüge nicht für einen vollen Kalendermonat, so wird nur der Teil der einmaligen Zahlung gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

(2) Bei teilzeitbeschäftigten Empfängern von Dienst- oder Amtsbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Bei Beamten, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Bei beurlaubten Empfängern von Dienst- oder Amtsbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der

Deutschen Mark, so finden §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 7

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (Abschnitt I § 3 Abs. 1 bis 5) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltsatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 120 Deutsche Mark ergibt,
2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Abschnitts I § 3 Abs. 6 in Höhe von 72 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von 43,20 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von 14,40 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von 8,64 Deutsche Mark,

wenn sie für den Monat März oder April 1981 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben. Haben sie für beide Monate laufende Versorgungsbezüge erhalten, so verdoppeln sich die in Satz 1 genannten Beträge; eine unterschiedliche Bemessungsgrundlage in diesen Monaten ist zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 gelten entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge zugrunde liegen.

§ 8

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens-, und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

ABSCHNITT III
Schlußvorschriften

§ 9

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Wirkung vom 1. Mai 1981 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten die Sätze der Anlage 5 mit Wirkung vom 1. März 1981 in Kraft.

Anlage 1

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe					
		1	2	3	4	5	6
A 1	II	927,59	958,31	989,03	1 019,75	1 050,47	1 081,19
A 2		982,52	1 013,24	1 043,96	1 074,68	1 105,40	1 136,12
A 3		1 052,61	1 085,06	1 117,51	1 149,96	1 182,41	1 214,86
A 4		1 092,47	1 130,01	1 167,55	1 205,09	1 242,63	1 280,17
A 5		1 130,89	1 173,68	1 216,47	1 259,26	1 302,05	1 344,84
A 6		1 197,42	1 241,78	1 286,14	1 330,50	1 374,86	1 419,22
A 7		1 293,80	1 338,16	1 382,52	1 426,88	1 471,24	1 515,60
A 8		1 354,95	1 409,63	1 464,31	1 518,99	1 573,67	1 628,83
A 9	I c	1 513,94	1 570,35	1 629,13	1 688,37	1 748,70	1 814,45
A 10		1 657,86	1 739,54	1 821,22	1 902,90	1 984,58	2 066,26
A 11		1 931,51	2 015,20	2 098,89	2 182,58	2 266,27	2 349,96
A 12		2 103,68	2 203,47	2 303,26	2 403,05	2 502,84	2 602,63
A 13	I b	2 383,63	2 491,37	2 599,11	2 706,85	2 814,59	2 922,33
A 14		2 453,62	2 593,31	2 733,00	2 872,69	3 012,38	3 152,07
A 15		2 766,57	2 920,14	3 073,71	3 227,28	3 380,85	3 534,42
A 16		3 074,81	3 252,43	3 430,05	3 607,67	3 785,29	3 962,91

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	4 916,55
B 2		5 831,09
B 3	I a	6 100,65
B 4		6 506,13
B 5		6 971,35
B 6		7 410,65
B 7		7 837,97
B 8		8 283,39
B 9		8 836,44
B 10		10 553,79
B 11		11 522,32

Dienstaltersstufe								
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 111,91	1 142,63	1 173,35						
1 166,84	1 197,56	1 228,28	1 259,00					
1 247,31	1 279,76	1 312,21	1 344,66					
1 317,71	1 355,25	1 392,79	1 430,33					
1 387,63	1 430,42	1 473,21	1 516,00					
1 463,58	1 507,94	1 552,30	1 596,66	1 642,09				
1 559,96	1 604,32	1 650,18	1 696,76	1 743,34	1 791,64	1 843,35		
1 686,24	1 743,65	1 804,02	1 867,75	1 931,48	1 995,21	2 058,94		
1 880,20	1 945,95	2 011,70	2 077,45	2 143,20	2 208,95	2 274,70		
2 147,94	2 229,62	2 311,30	2 392,98	2 474,66	2 556,34	2 638,02		
2 433,65	2 517,34	2 601,03	2 684,72	2 768,41	2 852,10	2 935,79	3 019,48	
2 702,42	2 802,21	2 902,00	3 001,79	3 101,58	3 201,37	3 301,16	3 400,95	
3 030,07	3 137,81	3 245,55	3 353,29	3 461,03	3 568,77	3 676,51	3 784,25	
3 291,76	3 431,45	3 571,14	3 710,83	3 850,52	3 990,21	4 129,90	4 269,59	
3 687,99	3 841,56	3 995,13	4 148,70	4 302,27	4 455,84	4 609,41	4 762,98	4 916,55
4 140,53	4 318,15	4 495,77	4 673,39	4 851,01	5 028,63	5 206,25	5 383,87	5 561,49

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse						
C 1	I b	Stufe 1 2 934,91				Stufe 2 3 042,69	
		Dienstaltersstufe					
		1	2	3	4	5	6
C 2	I b	2 390,26	2 561,93	2 733,60	2 905,27	3 076,94	3 248,61
C 3		2 701,29	2 895,66	3 090,03	3 284,40	3 478,77	3 673,14
C 4	I a	3 498,49	3 693,88	3 889,27	4 084,66	4 280,05	4 475,44

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Stufe					
		1	2	3	4	5	6
		Lebensalter					
		31	33	35	37	39	41
R 1	I b	3 088,45	3 307,86	3 527,27	3 746,68	3 966,09	4 185,50
R 2		3 613,54	3 832,95	4 052,36	4 271,77	4 491,18	4 710,59

R 3	I a	6 100,65
R 4		6 506,13
R 5		6 971,35
R 6		7 410,65
R 7		7 837,97
R 8		8 283,39
R 9		8 836,44
R 10		11 043,36

			Stufe 3 3 150,43					
Dienstaltersstufe								
7	8	9	10	11	12	13	14	15
3 420,28	3 591,95	3 763,62	3 935,29	4 106,96	4 278,63	4 450,30	4 621,97	4 793,64
3 867,51	4 061,88	4 256,25	4 450,62	4 644,99	4 839,36	5 033,73	5 228,10	5 422,47
4 670,83	4 866,22	5 061,61	5 257,00	5 452,39	5 647,78	5 843,17	6 038,56	6 233,95

7	8	9	10
43	45	47	49
4 404,91	4 624,32	4 843,73	5 063,14
4 930,00	5 149,41	5 368,82	5 588,23

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	751,64	871,54	974,12	1 072,16	1 117,66	1 203,87	1 290,08	1 397,47
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	634,08	753,98	856,56	954,60	1 000,10	1 086,31	1 172,52	1 279,91
I c	A 9 bis A 12	563,53	683,43	786,01	884,05	929,55	1 015,76	1 101,97	1 209,36
II	A 1 bis A 8	530,84	645,04	747,62	845,66	891,16	977,37	1 063,58	1 170,97

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 107,39 DM.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2: Tarifklasse I c 450,83 DM

Tarifklasse II 424,68 DM

Anlage 3 a

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	824	990	1 156	1 322	1 488	1 654	1 820	1 986	2 152	2 318	2 484	2 650
A 5 bis A 6	940	1 115	1 290	1 465	1 640	1 815	1 990	2 165	2 340	2 515	2 690	2 865
A 7 bis A 8	1 064	1 257	1 450	1 643	1 836	2 029	2 222	2 415	2 608	2 801	2 994	3 187
A 9	1 255	1 463	1 671	1 879	2 087	2 295	2 503	2 711	2 919	3 127	3 335	3 543
A 10	1 422	1 639	1 856	2 073	2 290	2 507	2 724	2 941	3 158	3 375	3 592	3 809
A 11	1 567	1 797	2 027	2 257	2 487	2 717	2 947	3 177	3 407	3 637	3 867	4 097
A 12	1 742	1 985	2 228	2 471	2 714	2 957	3 200	3 443	3 686	3 929	4 172	4 415
A 13	1 915	2 169	2 423	2 677	2 931	3 185	3 439	3 693	3 947	4 201	4 455	4 709
A 14	2 092	2 354	2 616	2 878	3 140	3 402	3 664	3 926	4 188	4 450	4 712	4 974
A 15	2 338	2 621	2 904	3 187	3 470	3 753	4 036	4 319	4 602	4 885	5 168	5 451
A 16 bis B 2	2 520	2 823	3 126	3 429	3 732	4 035	4 338	4 641	4 944	5 247	5 550	5 853
B 3 bis B 4	2 554	2 878	3 202	3 526	3 850	4 174	4 498	4 822	5 146	5 470	5 794	6 118
B 5 bis B 7	2 833	3 191	3 549	3 907	4 265	4 623	4 981	5 339	5 697	6 055	6 413	6 771
B 8 und höher	3 095	3 506	3 917	4 328	4 739	5 150	5 561	5 972	6 383	6 794	7 205	7 616

Anlage 3 b

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	700	841	982	1 123	1 264	1 405	1 546	1 687	1 828	1 969	2 110	2 251
A 5 bis A 6	799	948	1 097	1 246	1 395	1 544	1 693	1 842	1 991	2 140	2 289	2 438
A 7 bis A 8	904	1 068	1 232	1 396	1 560	1 724	1 888	2 052	2 216	2 380	2 544	2 708
A 9	1 067	1 244	1 421	1 598	1 775	1 952	2 129	2 306	2 483	2 660	2 837	3 014
A 10	1 209	1 393	1 577	1 761	1 945	2 129	2 313	2 497	2 681	2 865	3 049	3 233
A 11	1 332	1 527	1 722	1 917	2 112	2 307	2 502	2 697	2 892	3 087	3 282	3 477
A 12	1 481	1 688	1 895	2 102	2 309	2 516	2 723	2 930	3 137	3 344	3 551	3 758
A 13	1 628	1 844	2 060	2 276	2 492	2 708	2 924	3 140	3 356	3 572	3 788	4 004
A 14	1 778	2 001	2 224	2 447	2 670	2 893	3 116	3 339	3 562	3 785	4 008	4 231
A 15	1 987	2 228	2 469	2 710	2 951	3 192	3 433	3 674	3 915	4 156	4 397	4 638
A 16 bis B 2	2 142	2 400	2 658	2 916	3 174	3 432	3 690	3 948	4 206	4 464	4 722	4 980
B 3 bis B 4	2 171	2 446	2 721	2 996	3 271	3 546	3 821	4 096	4 371	4 646	4 921	5 196
B 5 bis B 7	2 408	2 712	3 016	3 320	3 624	3 928	4 232	4 536	4 840	5 144	5 448	5 752
B 8 und höher	2 631	2 980	3 329	3 678	4 027	4 376	4 725	5 074	5 423	5 772	6 121	6 470

Anlage 3 c

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	577	693	809	925	1 041	1 157	1 273	1 389	1 505	1 621	1 737	1 853
A 5 bis A 6	658	781	904	1 027	1 150	1 273	1 396	1 519	1 642	1 765	1 888	2 011
A 7 bis A 8	745	880	1 015	1 150	1 285	1 420	1 555	1 690	1 825	1 960	2 095	2 230
A 9	879	1 025	1 171	1 317	1 463	1 609	1 755	1 901	2 047	2 193	2 339	2 485
A 10	995	1 147	1 299	1 451	1 603	1 755	1 907	2 059	2 211	2 363	2 515	2 667
A 11	1 097	1 258	1 419	1 580	1 741	1 902	2 063	2 224	2 385	2 546	2 707	2 868
A 12	1 219	1 389	1 559	1 729	1 899	2 069	2 239	2 409	2 579	2 749	2 919	3 089
A 13	1 341	1 519	1 697	1 875	2 053	2 231	2 409	2 587	2 765	2 943	3 121	3 299
A 14	1 464	1 647	1 830	2 013	2 196	2 379	2 562	2 745	2 928	3 111	3 294	3 477
A 15	1 637	1 835	2 033	2 231	2 429	2 627	2 825	3 023	3 221	3 419	3 617	3 815
A 16 bis B 2	1 764	1 976	2 188	2 400	2 612	2 824	3 036	3 248	3 460	3 672	3 884	4 096
B 3 bis B 4	1 788	2 015	2 242	2 469	2 696	2 923	3 150	3 377	3 604	3 831	4 058	4 285
B 5 bis B 7	1 983	2 234	2 485	2 736	2 987	3 238	3 489	3 740	3 991	4 242	4 493	4 744
B 8 und höher	2 167	2 455	2 743	3 031	3 319	3 607	3 895	4 183	4 471	4 759	5 047	5 335

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	404	485	566	647	728	809	890	971	1 052	1 133	1 214	1 295
A 5 bis A 6	461	547	633	719	805	891	977	1 063	1 149	1 235	1 321	1 407
A 7 bis A 8	522	616	710	804	898	992	1 086	1 180	1 274	1 368	1 462	1 556
A 9	615	717	819	921	1 023	1 125	1 227	1 329	1 431	1 533	1 635	1 737
A 10	697	803	909	1 015	1 121	1 227	1 333	1 439	1 545	1 651	1 757	1 863
A 11	768	881	994	1 107	1 220	1 333	1 446	1 559	1 672	1 785	1 898	2 011
A 12	853	972	1 091	1 210	1 329	1 448	1 567	1 686	1 805	1 924	2 043	2 162
A 13	939	1 064	1 189	1 314	1 439	1 564	1 689	1 814	1 939	2 064	2 189	2 314
A 14	1 025	1 153	1 281	1 409	1 537	1 665	1 793	1 921	2 049	2 177	2 305	2 433
A 15	1 146	1 285	1 424	1 563	1 702	1 841	1 980	2 119	2 258	2 397	2 536	2 675
A 16 bis B 2	1 235	1 383	1 531	1 679	1 827	1 975	2 123	2 271	2 419	2 567	2 715	2 863
B 3 bis B 4	1 252	1 411	1 570	1 729	1 888	2 047	2 206	2 365	2 524	2 683	2 842	3 001
B 5 bis B 7	1 388	1 564	1 740	1 916	2 092	2 268	2 444	2 620	2 796	2 972	3 148	3 324
B 8 und höher .	1 517	1 719	1 921	2 123	2 325	2 527	2 729	2 931	3 133	3 335	3 537	3 739

Anlage 3 e**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)**

– Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	490	589	688	787	886	985	1 084	1 183	1 282	1 381	1 480	1 579
A 5 bis A 6	559	664	769	874	979	1 084	1 189	1 294	1 399	1 504	1 609	1 714
A 7 bis A 8	633	748	863	978	1 093	1 208	1 323	1 438	1 553	1 668	1 783	1 898
A 9	747	871	995	1 119	1 243	1 367	1 491	1 615	1 739	1 863	1 987	2 111
A 10	846	975	1 104	1 233	1 362	1 491	1 620	1 749	1 878	2 007	2 136	2 265
A 11	932	1 069	1 206	1 343	1 480	1 617	1 754	1 891	2 028	2 165	2 302	2 439
A 12	1 036	1 181	1 326	1 471	1 616	1 761	1 906	2 051	2 196	2 341	2 486	2 631
A 13	1 140	1 291	1 442	1 593	1 744	1 895	2 046	2 197	2 348	2 499	2 650	2 801
A 14	1 244	1 400	1 556	1 712	1 868	2 024	2 180	2 336	2 492	2 648	2 804	2 960
A 15	1 391	1 559	1 727	1 895	2 063	2 231	2 399	2 567	2 735	2 903	3 071	3 239
A 16 bis B 2	1 499	1 679	1 859	2 039	2 219	2 399	2 579	2 759	2 939	3 119	3 299	3 479
B 3 bis B 4	1 520	1 713	1 906	2 099	2 292	2 485	2 678	2 871	3 064	3 257	3 450	3 643
B 5 bis B 7	1 686	1 899	2 112	2 325	2 538	2 751	2 964	3 177	3 390	3 603	3 816	4 029
B 8 und höher .	1 842	2 087	2 332	2 577	2 822	3 067	3 312	3 557	3 802	4 047	4 292	4 537

Anlage 3 f

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													Nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	157	180	203	226	249	272	295	318	341	364	387	410	157

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 4

**Zulage für die Beamten in der Ständigen
Vertretung der Bundesrepublik Deutschland
bei der Deutschen Demokratischen Republik**

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 053	929
A 5 bis A 6	1 177	1 011
A 7 bis A 8	1 320	1 143
A 9	1 517	1 279
A 10	1 685	1 418
A 11	1 838	1 531
A 12	2 019	1 660
A 13	2 194	1 809
A 14	2 367	1 960
A 15	2 624	2 148
A 16	2 822	2 270
B 3	2 888	2 270
B 6	3 192	2 445
B 9 und höher	3 519	2 619

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem

Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**

(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der An- wärter nach Ab- schluß des Vor- bereitungsdienstes unmit- telbar eintritt	Grundbetrag		Verheiraten- zuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	797	895	253	84
A 5 bis A 8	956	1 091	292	84
A 9 bis A 11	1 127	1 285	338	84
A 12	1 441	1 624	370	84
A 13	1 494	1 679	377	84
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buch- stabe d der Vor- bemerkungen zu den Bundes- besoldungsord- nungen A und B) oder R 1	1 548	1 737	382	84

Anlage 6

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
§ 44	bis zu 150,00	des mittleren Dienstes	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00	des gehobenen Dienstes	200,00
§ 50 a	90,00	des höheren Dienstes	250,00
§ 78	bis zu 150,00		
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Nummer 8 a	
Vorbemerkungen		Die Zulage beträgt für die Beam- ten und Soldaten der Besol- dungsgruppen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 1 bis A 5	110,00
Nummer 4	50,00	A 6 bis A 9	150,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu 80,00	A 10 bis A 13	185,00
Buchstabe b	bis zu 50,00	A 14 und höher	220,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	450,00	für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
Buchstabe b	360,00	des mittleren Dienstes	80,00
Buchstabe c	288,00	des gehobenen Dienstes	105,00
Nummer 6 a		des höheren Dienstes	130,00
Nummer 7		Nummer 9	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 1 bis A 5	A 5	von einem Jahr	60,00
A 6 bis A 9	A 9	von zwei Jahren	120,00
A 10 bis A 13	A 13	Nummer 10 Abs. 1	
A 14, A 15, B 1	A 15	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	von einem Jahr	60,00
B 5 bis B 7	B 6	von zwei Jahren	120,00
B 8 bis B 10	B 9	Nummer 11	
B 11	B 11	$\frac{1}{12}$ des Grund- gehalts und des Ortszuschlags *)	
Nummer 8 Abs. 1		Nummer 12	90,00
Die Zulage beträgt für die Beam- ten der Besoldungsgruppen		Nummer 13 a	bis zu 150,00
A 1 bis A 5	200,00	Nummer 19 Satz 1	241,00
A 6 bis A 9	275,00	Nummer 23	
A 10 bis A 13	350,00	Absatz 1	87,00
A 14 und höher	425,00	Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 24	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes / für Unteroffiziere	87,00
des gehobenen Dienstes / für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	145,00
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes / bei Unteroffizieren	67,00
des gehobenen Dienstes / bei Offizieren bis zur Besoldungsgruppe A 12	100,00
Nummer 25 Abs. 1	100,00
Nummer 26	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	67,00
des gehobenen Dienstes	100,00
Absatz 2	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a	40,00
Buchstabe b	67,00
Buchstabe c	100,00
Buchstabe d	100,00
Nummer 30	145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1
	2
A 3	1, 2
A 4	1, 2
A 5	3, 4
A 7	2
	3

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 8	3
	4
A 9	4
	5
A 12	7, 8
A 13	6
	7
A 14	5
A 15	7
B 9	3
B 10	1, 2
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Professoren der Besoldungsgruppe C 2 und für Hochschulassistenten	A 15
für Professoren der Besoldungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 Bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	180,76
R 2	3 bis 8, 10	180,76
R 3	3	180,76
R 8	2	361,50

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. März 1980 durch das Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1439) angepaßt worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge ab 1. März 1981 vor; der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Die Anpassung umfaßt eine Einmalzahlung für die Monate März und April 1981 und vom 1. Mai 1981 an eine lineare Anhebung insbesondere der Grundgehälter, Amtszulagen, Zuschüsse zum Grundgehalt für Professoren an Hochschulen und Ortszuschläge; die Anwärterbezüge werden vom 1. März 1981 an linear angepaßt.

Die Bundesregierung hat das Anliegen des Bundesrates vom 18. Juli 1980 — Drucksache 358/80 (Beschluß) — betreffend eine künftige Anhebung der Mindestversorgung geprüft. Sie kann diesem Vorschlag jedoch nicht folgen.

Das Gesetz, dessen Bezeichnung § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes angeglichen wird, bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74 a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Abschnitt I

1. Zu § 1

Die Grundgehaltssätze (Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes) und Amtszulagen (aus Anlage IX a. a. O.) der Beamten, Richter und Soldaten sollen ab 1. Mai 1981 um 4,3 v. H. angehoben werden. Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage 1 des Gesetzentwurfes. Zur Entlastung und Vereinfachung gesetzlicher Vorschriften werden bei den Grundgehaltssätzen der Bundesbesoldungsordnung A, C und R in Anlage 1 des Gesetzentwurfes entbehrliche Zahlenwerke (Rechenergebnisse) nicht mehr aufgenommen. Die neuen Sätze der Amtszulagen sind aus der Anlage 6 des Gesetzentwurfes ersichtlich; die Sätze aller übrigen Zulagen in Anlage 6 werden nicht angepaßt.

Die in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes enthaltenen Sätze des Ortszuschlages sollen ebenfalls ab 1. Mai 1981 um 4,3 v. H. angehoben werden. Die neuen Sätze des Ortszuschlages ergeben sich aus der Anlage 2 des Gesetzentwurfes. Die Anwendung auf Versorgungsempfänger ergibt sich aus § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Entsprechend der Anhebung der Grundgehaltssätze und der übrigen genannten Besoldungsbestandteile werden ferner die Sätze des Auslandszuschlages und Auslandskinderschulzuschlages (Anlagen 3 a bis 3 f des Gesetzentwurfes) sowie die Sätze der Zulage nach § 45 BBesG (Anlage 4 des Gesetzentwurfes) angepaßt.

In die allgemeine Besoldungsanpassung einbezogen werden auch die Anwärterbezüge (Anlage 5 des Gesetzentwurfes) und zwar mit Wirkung vom 1. März 1981. Anwärter erhalten keine Einmalzahlung nach Abschnitt II.

2. Zu § 2

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Anpassung auf diese Regelungen, wie sie den Anlagen 1 und 6 des Gesetzentwurfes zugrunde liegt. Miteinfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich.

In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

3. Zu § 3

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfes.

4. Zu § 4

Die Vorschrift ist notwendig im Hinblick auf das System der Anpassung der Versorgungsbezüge gemäß §§ 70 bis 76 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Zu Abschnitt II

Die Empfänger von Dienstbezügen sollen für die Monate März und April 1981 als Anpassung eine für alle gleich hohe einmalige Zahlung erhalten. Eine gleichartige Zahlung erhalten die Empfänger tariflicher Bezüge. Die Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen soll die einmalige Zahlung entsprechend den Grundsätzen des Versorgungsrechts anteilig gezahlt werden.

1. Zu § 5

Absatz 1 regelt den Empfängerkreis und die Voraussetzungen, unter denen eine einmalige Zahlung gewährt wird. Absatz 2 regelt die entsprechende Geltung des Absatzes 1 für die Empfänger von Amtsbezügen.

2. Zu § 6

Absatz 1 regelt die Höhe der einmaligen Zahlung für die Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen.

Die Absätze 2 bis 4 betreffen die Höhe der einmaligen Zahlung für teilzeitbeschäftigte und beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen (Absätze 2 und 4) sowie für Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind (Absatz 3).

Absatz 5 regelt die Anwendung der Vorschriften über den Kaufkraftausgleich auf die einmalige Zahlung.

3. Zu § 7

Die Vorschrift regelt die anteilige Weitergabe der einmaligen Zahlung an Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen. Maßgeblicher Ruhegehaltssatz im Sinne des Absatzes 1 ist bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen der jeweils maßgebliche Mindestruhegehaltssatz.

Für den in Absatz 1 Nr. 2 genannten Personenkreis mußte eine pauschalierende Regelung vorgesehen werden, da eine Anknüpfung an einen Ruhegehaltssatz hier nicht in Betracht kommt.

Absatz 2 regelt die entsprechende Geltung des Absatzes 1 Nr. 1 für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge zugrunde liegen.

4. Zu § 8

Die Vorschrift enthält Konkurrenzvorschriften, durch die sichergestellt werden soll, daß die Zahlung jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird.

Zu Abschnitt III**1. Zu § 9**

Die Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

2. Zu § 10

Die Vorschrift enthält den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

III. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte. Die sich aus entsprechenden Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ergebenden Mehrkosten sind nicht berücksichtigt.

1. Bundeshaushalt**1.1 Obergruppe 42**

in Millionen DM

Abschnitt I Jahresbetrag	506,3
(Haushaltsbelastung 1981 = 9/13 *)	351,1
Abschnitt II (einmalig 1981) **)	89,3

*) Anwärterbesoldung mit 11/13 enthalten (gilt entsprechend für Nr. 2)

**) ohne Anwärter (gilt entsprechend für Nr. 2)

1.2 Obergruppe 43

Abschnitt I Jahresbetrag	395,2
(Haushaltsbelastung 1981 = 9/13)	273,6
Abschnitt II (einmalig 1981)	52,7

Der Finanzplan ist bei der Fortschreibung für 1982 ff. anzupassen.

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte

(zum Teil geschätzt)

	Be- soldung	Ver- sorgung
	Millionen DM	
2.1 Deutsche Bundesbahn		
Abschnitt I Jahresbetrag	258,4	223,0
(Haushaltsbelastung 1981)	(179,4)	(154,4)
Abschnitt II		
(einmalig 1981)	44,0	37,8
2.2 Deutsche Bundespost		
Abschnitt I Jahresbetrag	393,1	131,7
(Haushaltsbelastung 1981)	(272,8)	(91,2)
Abschnitt II		
(einmalig 1981)	71,6	23,4
2.3 Länder und Stadtstaaten		
Abschnitt I Jahresbetrag	1833,3	543,9
(Haushaltsbelastung 1981)	(1280,6)	(376,5)
Abschnitt II		
(einmalig 1981)	212,7	55,7
2.4 Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
Abschnitt I Jahresbetrag	245,8	138,3
(Haushaltsbelastung 1981)	(171,3)	(95,7)
Abschnitt II		
(einmalig 1981)	30,7	15,9
2.5 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)		
Abschnitt I Jahresbetrag	46,5	30,1
(Haushaltsbelastung 1981)	(32,3)	(20,8)
Abschnitt II		
(einmalig 1981)	6,6	4,2

Die Auswirkungen der Maßnahmen des Gesetzentwurfs auf die Einzelpreise und das allgemeine Verbraucherpreisniveau sind nicht quantifizierbar, sie dürften sich aber in gesamtwirtschaftlich vertretbarem Rahmen halten.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

